

POTSDAMS ANDERE SEITEN

LINKE Nachrichten aus Potsdam

AUSGABE AUGUST 2026 | 22. JAHRGANG



Wenn Regierende die Gesundheit von schwer und chronisch kranken Menschen gefährden, wenn sie psychotherapeutische Hilfen zusammenstreichen, Krankenhäuser und Ärzte kaputtsparen, dann ist Widerstand Pflicht. Tausendfach und unüberhörbar hieß es am 10. Juli 2026 vor dem Bundestag: Ihr spart uns krank! Gesundheitsreform stoppen! Schluss mit Sozialkahlschlag! Holt Euch das Geld doch bei den Milliardären! – So die Losungen des Tages. (Foto: Jennifer Marke)! Am 17. Juli wurde aus dem gleichen Anlass in Potsdam demonstriert. **SEITE 3.**



Als organisierende Klassenpartei bauen wir ein Steinhaus

„Die anderen Parteien reden – Die Linke handelt. Echte Glaubwürdigkeit zeigt sich nicht in Worten, sondern in Taten. Sie ist ein tragender Pfeiler, um unser Haus zu stützen. All das ist erst der Anfang! Wir machen uns ab heute an die Arbeit, unsere Partei weiter aufzubauen – Tag für Tag, Schritt für Schritt und Stein für Stein“ – das betonen unsere Parteivorsitzenden Schwerdtner und Pantisano.



Geldwäschekonferenz und Gehaltsdeckel der Linken im Bundestag

Deutschland ist ein Geldwäscheparadies. Immobilienhaie, kriminelle Banker, Oligarchen haben es hier viel zu einfach, so Isabelle Vandré, auf der Geldwäschekonferenz der Fraktion Die Linke im Bundestag. Linke Abgeordneten im Bund und in Europa behalten künftig ein Durchschnittsgehalt – beschlossen auf unserem Parteitag in Potsdam. Der Rest fließt in Sozialfonds.



Schwerdtner und Mariybu beim Sommerfest am 22.8.

Das Linke Sommerfest findet dieses Jahr am 22. August ab 14 Uhr im Potsdamer Lustgarten statt und hält Einiges für Jung und Alt bereit: Ein extragroßes Kinderfest, die Gastrede der frisch wiedergewählten Parteivorsitzenden Ines Schwerdtner, ein Markt der Möglichkeiten und am Abend dann Konzerte von Mariybu, den Bierbabes und Kompletamente.

RATHAUS REPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion Die Linke Potsdam

Der „Rathausreport“ im Innenteil

In dieser Ausgabe steht die letzte SVV vor der Sommerpause vom 1. Juli 2026 im Mittelpunkt. So fordern wir weiter eine dauerhafte Nutzung des Rechenzentrums. Weitere Themen sind die Perspektiven eines queeren Jugendzentrums sowie die Aufarbeitung mutmaßlicher Probleme im Jugendamt. Und wir informieren über Gastrohygiene und über Tarifkämpfe in städtischen Unternehmen.



AUF DEM POTSDAMER PARTEITAG ZU DEN NEUEN VORSITZENDEN DER LINKEN GEWÄHLT: INES SCHWERDTNER UND LUIGI PANTISANO. SCHWERDTNER HÄLT DIESES JAHR AUCH DIE FESTREDE AUF DEM LINKEN SOMMERFEST AM 22. AUGUST IN POTSDAM.

Als organisierende Klassenpartei bauen wir ein Steinhaus

Wir sagen danke. Ihr habt uns auf dem Parteitag in Potsdam euer Vertrauen geschenkt und zu euren neuen Vorsitzenden gewählt. Diese Aufgabe nehmen wir mit viel Demut an. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit dem neu gewählten Parteivorstand – gemeinsam haben wir eine Menge zu tun. Denn unsere Partei steht vor einer Mammutaufgabe. Ein Sturm kommt auf uns zu: Der AfD könnte im Herbst zum ersten Mal der Griff nach der Macht gelingen. Bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern droht sie die stärkste Kraft zu werden. Wir dürfen eine von der AfD geführte Regierung nicht zulassen! Doch

wir müssen ebenfalls verhindern, dass Andere die Politik der AfD in den Landtagen durchsetzen. Darum müssen wir um jedes Mandat und jeden Wahlkreis bis zur letzten Minute ringen. Aus der ganzen Republik werden wir nach Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern reisen, um die Genoss*innen vor Ort zu unterstützen und mit ihnen an die Haustüren zu gehen. So leisten wir praktisch Widerstand. Denn der ist Teil unserer DNA – und in den kommenden Wochen werden wir uns auf diese Mission vorbereiten. Die Sturmböen ziehen auch über den Bundestag. Wir erleben gerade die größte Militarisierung seit dem Zweiten Weltkrieg

und den größten Sozialraub seit der Agenda 2010. Jede Woche hagelt es neue Kürzungen, die viele arbeitende Menschen in diesem Land in die Armut treiben würden. Merz und Klingbeil wollen sie leise, still und heimlich durchpeitschen. Aber sie haben sich mit der falschen Partei angelegt. An der Seite der tausenden protestierenden Beschäftigten sagen wir: Es reicht! Entscheidend ist: Um uns für den kommenden Sturm zu wappnen, müssen wir als organisierende Klassenpartei ein Steinhaus bauen – ein solides Funda-

ment, das uns langfristig trägt. Dafür müssen wir mehr werden. Wir wollen ein Zuhause für die arbeitenden Menschen werden, die sich jeden Tag für ihre Familien und für unsere Gesellschaft abrackern – die Menschen, die nun von Merz und seinen reichen Freunden beraubt werden. Nur wenn wir sie überzeugen, können wir der AfD richtig das Wasser abgraben. Wir haben einen Plan, wie uns das gelingen kann. Dafür reicht es nicht, dass wir an die Haustüren gehen. Wir müssen wieder rein in die Betriebe. Wir brauchen die Arbeiterinnen und Arbeiter, ihre Erfahrung und ihre Kraft in unserer Partei! Wir wollen ihnen zeigen: Bei uns ist Platz für alle Menschen, die für ihre Nachbarn und Kolleginnen eintreten wollen. Wir kämpfen Schulter an Schulter dafür, das Leben für alle bezahlbar zu machen. Diese Beziehungsarbeit ist wichtig. Und wir haben für sie nun ein weiteres starkes Werkzeug in der Hand: Den Gehaltsdeckel, den Die Linke auf dem Parteitag für alle Bundestags- und Europaabgeordnete beschlossen hat. Er macht unmissverständlich klar: Die anderen Parteien reden – Die Linke handelt. Echte Glaubwürdigkeit zeigt sich nicht in Worten, sondern in Taten. Sie ist ein tragender Pfeiler, um unser Haus zu stützen. All das ist erst der Anfang! Wir machen uns ab heute an die Arbeit, unsere Partei weiter aufzubauen – Tag für Tag, Schritt für Schritt und Stein für Stein..

*Ines Schwerdtner und
Luigi Pantisano
Parteivorsitzende*

Jetzt spenden!

Mitglied werden ist der stärkste Weg, dich einzubringen – aber auch mit einer Spende kannst du viel bewirken. Wir finanzieren unsere politische Arbeit bewusst ohne Spenden von Konzernen und bleiben dadurch unabhängig von wirtschaftlichen Interessen – anders als alle anderen Parteien. Gerade deshalb brauchen wir dich.

Jede Spende – egal ob 5, 50 oder 100 Euro – hilft uns dabei, für ein bezahlbares Leben zu kämpfen und politische Veränderungen möglich zu machen.



Impressum

HERAUSGEBER

„medienPUNKTpotdams“ – BERND MARTIN, Springbruch 16, 14558 Nuthetal, OT Bergholz-Rehbrücke.

REDAKTION

Bernd Martin (v.i.S.d.P.), Chefredakteur; Konstantin Gräfe, Romy Ibe, Maria Kadenbach, Harry Kratky, Steffen Lehnert, Carl Loschke, Torben Reichert, Sven Ullrich, Ida Karlotta Wiesigstrauch, Tobias Woelki, Julia Langbecker.

AUTOR:INNEN

Wenn nicht im Innenteil veröffentlicht – Redaktion

LAYOUT

Sophie Sumburane

E-MAIL

info@medienpunktpotdams.de

BANKVERBINDUNG

Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kt.-Nr.3508020699, BLZ 160 500 00

BILDAUTOR:INNEN

Wenn nicht im Innenteil veröffentlicht – Redaktion/ Kathrin Gehrmann/ Archiv/Torben Reichert

DRUCK

Nordkurier Druck GmbH & Co. KG
Die nächste PaS erscheint am 08. Oktober 2026.



MEHRERE HUNDERT MENSCHEN HABEN IN POTSDAM VOR WEITEREN SCHLIESSUNGEN BEI KRANKENHÄUSERN UND VOR KÜRZUNGEN GEWARNT. FOTO: SVEN KAEULER/DPA

Potsdam zeigt, wohin die Gesundheitspolitik der Bundesregierung führt

Als sich am letzten Freitag vor der parlamentarischen Sommerpause Beschäftigte aus Krankenhäusern, Gewerkschafter:innen und Politiker:innen der Linken vor dem Bundestag versammelten, war die Botschaft eindeutig: Es reicht! Gesundheit darf nicht weiter zur Sparmasse werden. Trotz des Protests verabschiedete der Bundestag die Reform der gesetzlichen Krankenversicherung. Die Bundesregierung spricht von einer notwendigen Stabilisierung der Krankenkassenfinanzen. Doch für viele Beschäftigte im Gesundheitswesen und für Patientinnen und Patienten steht etwas anderes auf dem Spiel: die Zukunft einer wohnortnahen und verlässlichen Gesundheitsversorgung. Wie konkret die Folgen einer auf Kostendruck ausgerichteten Gesundheitspolitik aussehen, zeigt

sich derzeit in Potsdam. Mit der angekündigten Schließung der Geburtshilfe, Gynäkologie und Neurologie am St. Josefs-Krankenhaus sowie der Orthopädie und die Gefäßchirurgie am Klinikum Ernst von Bergmann verliert die Landeshauptstadt wichtige medizinische Angebote. „Die Schließung der Geburtsstation am St. Josefs ist ein schwerer Schlag für werdende Familien in Potsdam und der Region. Künftig gibt es in der Landeshauptstadt nur noch eine Geburtsklinik – das schränkt die Wahlfreiheit von Schwangeren ein und erhöht den Druck auf die verbleibende Versorgung“, bringt Konstantin Gräfe, Vorsitzender der Linksfraktion in der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung, die Situation auf den Punkt. Besonders bitter sei der Umgang mit den Beschäftigten: „Die Hebammen

hatten sich erst vor wenigen Monaten langfristige Arbeitsverträge erkämpft und stehen nun dennoch vor einer ungewissen Zukunft. So geht man nicht mit Fachkräften um, die überall dringend gebraucht werden.“ Die Entwicklung in Potsdam ist kein bedauerlicher Einzelfall. Sie verdeutlicht, wohin sich das deutsche Krankenhauswesen seit Jahren bewegt. Kliniken stehen unter einem enormen wirtschaftlichen Druck. Abteilungen werden geschlossen, Personal abgebaut und Leistungen konzentrieren sich auf immer weniger Standorte. Die Krankenhausreform der vergangenen Bundesregierung verschärft den wirtschaftlichen Druck auf viele Häuser. Mit der nun beschlossenen Reform der gesetzlichen Krankenkassen droht sich diese Entwicklung weiter zu verschärfen. Für

Isabelle Vandre, Bundestagsabgeordnete der Linken aus Potsdam, ist der Zusammenhang offensichtlich: „Die Schließungen in Potsdam zeigen, wohin die Krankenhausreform führt: Statt einer bedarfsgerechten Gesundheitsversorgung erleben wir Leistungsabbau, Arbeitsplatzverluste und eine zunehmende Konzentration medizinischer Angebote.“ Sie warnt davor, dass die neuen Beschlüsse diese Entwicklung noch beschleunigen könnten: „Die Krankenhausreform der Ampel hat den wirtschaftlichen Druck auf die Kliniken nicht beseitigt. Mit der Reform der gesetzlichen Krankenversicherung droht sich diese Entwicklung weiter zu verschärfen.“

Die Linke hält deshalb einen grundlegend anderen Weg für notwendig. Krankenhäuser müssen nach ihrem Versorgungsauftrag finanziert werden und nicht danach, wie wirtschaftlich einzelne Behandlungen erbracht werden können. Die gesetzliche Krankenversicherung braucht eine solidarische Finanzierung, in die alle entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit einzahlen. Potsdam zeigt schon heute, was auf dem Spiel steht. Wenn Geburtsstationen schließen, Fachabteilungen verschwinden und Beschäftigte trotz ihres Engagements um ihre Zukunft bangen müssen, geht es längst nicht mehr um abstrakte Reformgesetze aus Berlin. Es geht um die Frage, ob Menschen sich auch künftig darauf verlassen können, wohnortnah gut versorgt zu werden. Eine Gesundheitspolitik, die vor allem auf Einsparungen setzt, wird darauf keine Antwort geben. Notwendig ist ein Kurswechsel, der die Versorgung der Menschen und nicht betriebswirtschaftliche Kennzahlen in den Mittelpunkt stellt.



DAS ALEXIANER – ST JOSEFS KRANKENHAUS



DAS BERGMANN-KLINIKUM

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion Die Linke Potsdam | Ausgabe August 2026

DAUERHAFTE NUTZUNG FÜR RECHENZENTRUM NOTWENDIG



Rechenzentrums nach 2033 hat sich nun deutlich verschlechtert. Es ist jetzt an den Nutzerinnen und der Stadtpolitik tragfähige und dauerhafte Sicherungsmöglichkeiten zu entwickeln, denn der Prozess hat gezeigt, Frau Aubel und allen voran ihr Beigeordneter Rubelt werden dem RZ wo sie nur können Steine in den Weg legen. Der gefasste Beschluss ist im Ganzen als schlecht für eine dauerhafte Perspektive des RZ zu bewerten und die ständige Bevorzugung einer kirchlichen Stiftung gegenüber den Interessen der Potsdamerinnen und Potsdamern muss endlich ein Ende haben.

Tobias Woelke
Stadtverordneter



In der Juli-Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wurde nach langen und intensiven Debatten und Verhandlungen ein weitreichender Beschluss zum Weiterbestehen des sozio-kulturellen Zentrums „Rechenzentrum“ in der Potsdamer Innenstadt gefasst. Beschlossen wurde u.a. die Weiternutzung der Räumlichkeiten bis 2033. Der Beschluss beinhaltet jedoch auch weitere

Auswirkungen, die keinesfalls erfreulich sind. So wird zukünftig ein „Nutzungsentgelt“ des RZ gegenüber der Stiftung Garnisonkirche für die in kleinen Teilen bebaute Fläche der Stiftung fällig, trotz Voten der Bürgerschaft eben kein städtisches Geld für den Wiederaufbau der Garnisonkirche zur Verfügung zu stellen. Zudem hat die Stadt der chronisch von finanziellen Problem geplagten

Stiftung das Recht geschenkt, im Fall eines Scheiterns des Wiederaufbaus nicht das Grundstück an die Stadt zurückgeben zu müssen und sie damit perspektivisch in eine herausragende Verhandlungsposition gegen uns gebracht. Von Kompromiss, Ausgleich und Gleichbehandlung fehlte in den Verhandlungen jede Spur. Die Möglichkeiten für den Fortbestand des rege genutzten



Potsdam schafft Perspektive für ein queeres Jugendzentrum

Queere Jugendliche selbst haben den Anstoß gegeben – nun gibt es einen konkreten politischen Auftrag: Die Stadt Potsdam soll die Voraussetzungen für die Einrichtung eines queeren Jugendzentrums schaffen. Einen entsprechenden Antrag der Fraktion Die Linke hat die Stadtverordnetenversammlung am 1. Juli beschlossen. Jugendliche hatten ihr Anliegen bereits im vergangenen Jahr in Gesprächen mit den Fraktionen und der Stadtverwaltung vorgestellt und für die Bedeutung eines eigenen Angebots geworben. Danach passierte zunächst wenig. Die

Linke griff die Initiative auf, brachte sie in die Stadtverordnetenversammlung ein und führte sie nun zu einem erfolgreichen Abschluss. Mit dem Beschluss wird die Oberbürgermeisterin beauftragt, die Schaffung einer Einrichtung für queere Jugendliche in die Jugendförderplanung aufzunehmen. Bis November 2026 soll dargestellt werden, welche Voraussetzungen geschaffen werden müssen, damit ein solcher Ort dauerhaft arbeiten kann. Mit dem Beschluss knüpft Potsdam an den eigenen Aktionsplan Queeres Potsdam an, in dem die

Stadt die Förderung von Akzeptanz, Vielfalt und einer diskriminierungsfreien Stadtgesellschaft festgeschrieben hat. Ein queeres Jugendzentrum wäre ein wichtiger Schutz- und Begegnungsraum. Denn viele queere Jugendliche erleben Diskriminierung und Ausschlüsse – auch in allgemeinen Angeboten der Jugendarbeit. Ein eigener Ort kann ihnen Unterstützung geben, Selbstvertrauen stärken und Teilhabe ermöglichen.

Konstantin Gräfe
Fraktionsvorsitzender

TRANSPARENZ SCHÜTZT KINDER – AUFARBEITUNG IM JUGENDAMT



Nach in den vergangenen Wochen öffentlich gewordenen Missständen im Potsdamer Jugendamt und Schweigen in der oberen Verwaltungsriege hat der Potsdamer Jugendhilfeausschuss nach langen und schwierigen Beratungen zwei Anträge in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht, die endlich für Transparenz sorgen sollen. Gemeinsam durch Linke, SPD und Verwaltung konnte eine gemeinsame, zustimmungsfähige Fassung der Anträge erarbeitet werden. Beide Anträge wurden

durch die Stadtverordnetenversammlung einstimmig beschlossen. Ein Antrag mit dem die Oberbürgermeisterin verpflichtet wird bis November 2026 verbindliche Prozess- und Qualitätsstandards für den Allgemeinen Sozialen Dienst vorzulegen und diese bis Jahresende extern überprüfen zu lassen – mit besonderem Fokus auf die Praxis bei Inobhutnahmen nach §42 SGB VIII. Zusätzlich wird eine unabhängige Fall- und Strukturanalyse in Auftrag gegeben, die ausdrücklich auch zurückliegende

Fälle einbezieht, sowie ein niedrigschwelliges Befragungsinstrument für betroffene Familien entwickelt. Der Jugendhilfeausschuss wird künftig vierteljährlich über den Umsetzungsstand informiert. Mit diesem Beschluss nimmt die Stadt Potsdam eine Vorreiterrolle ein – mangelt es doch bundesweit an funktionierenden Kontrollmechanismen für die Jugendamtsarbeit. Ein zweiter Antrag fordert die Prüfung einer extern arbeitenden Melde- und Beschwerdestelle. Auch die Einrichtung einer solchen Stelle stärkt Familien in schwierigen Situationen und stärkt das Vertrauen ins Jugendamt. Es muss dringend gelingen, verloren gegangenes Vertrauen hilfesuchender Familien zurück zu gewinnen. Dafür braucht es aber auch ein wieder vertrauensvolles Miteinander von Verwaltung des Jugendamtes und Jugendhilfeausschuss. Letztlich geht es um die Stärkung von Familien und die allumfassende Wahrung des Kindeswohls.

*Ida Karlotta Wiesigstrauch
Fraktionsgeschäftsführerin*

Beschlossen... Überwiesen... In den Ausschüssen

Gastrohygiene ist geil

Im Frühjahr 2026 wurde bekannt, dass amtliche Kontrollen in mehreren Restaurants eines bekannten Gastronomen Schmutz, Insekten und verdorbene Lebensmittel dokumentiert hatten. Der Bundesverband der Lebensmittelkontrolleure sprach von „erheblichen Defiziten im Hygienemanagement“. Die Fraktion Die Linke sieht ein berechtigtes Interesse der Potsdamerinnen und Potsdamer daran, solche Informationen verlässlich und ohne aufwändige Einzelanfragen einsehen zu können. Der Antrag fordert die Einrichtung eines kommunalen Transparenzportals sowie das Aushängen der Prüfergebnisse, gut sichtbar als Hygieneampel im Restaurant. Das nützt nicht nur Gästen – Gastronomen können so zeigen, dass sie hervorragende Arbeit leisten. Ein Beschluss hierzu ist im September zu erwarten.

Tarifikämpfe in kommunalen Unternehmen

Die ProPotsdam GmbH ist das kommunale Wohnungsunternehmen der Stadt Potsdam. Die ca. 360 Beschäftigten verwalten ca. 18.100 Wohnungen. Während die Landeseigenen Wohnungsbau-Gesellschaften in Berlin tarifgebunden sind und sich an den Tarifvertrag für die Wohnungswirtschaft anlehnen, ist die ProPotsdam GmbH tariflos. Derzeit laufen die Tarifverhandlungen. Aktuell liegt die wöchentliche Arbeitszeit bei ProPotsdam zwei Stunden über der Arbeitszeit im Tarifvertrag für die Wohnungswirtschaft. Die Entgelte sind ca. 10% unterhalb des Tarifniveaus. Es wird kein Urlaubs- und Weihnachtsgeld gezahlt.

Die Beschäftigten fordern den Abschluss eines Tarifvertrags, der sich an den Regelungen des Tarifvertrages für die Wohnungs-

wirtschaft orientiert. Unterstützend hat Die Linke einen Antrag eingereicht mit dem Oberbürgermeisterin Aubel aufgefordert wird, darauf hinzuwirken, dass bei der ProPotsdam der Tarifvertrag der Wohnungswirtschaft Anwendung findet. Andrea Germanus, Verhandlungsführerin von ver.di, begrüßt diese Initiative: „Als kommunales Unternehmen trägt ProPotsdam eine besondere soziale Verantwortung. Die Stadt als Gesellschafterin muss dieser

Termine nach der Sommerpause 2026

**Konstantin Gräfe und
Tina Lange
Fraktionsvorsitzende**

**Ida Karlotta
Wiesigstrauch
Fraktions-
geschäftsführung**

Fraktionssitzungen

**Montags, 31.08.; 07.09.;
14.09.; 21.09.; 28.09.
jeweils um 18 Uhr im
Lothar-Bisky-Haus, Allee-
straße 3
(parteiöffentlich)**

Nächste SVV:

**Mittwoch, 23.09.2026:
15 Uhr, Stadtverordneten-
versammlung im Havel-
saal der IHK Potsdam,
Breite Straße 2A-C -**

**Mail:
dielinke@rathaus.pots-
dam.de**

Die Linke

**Stadtfraktion
Potsdam**

Verantwortung gerecht werden und für gute Arbeitsbedingungen der Beschäftigten Sorge tragen. Es darf nicht sein, dass sich die öffentliche Hand hier durch Tarifflucht mit schlechtem Beispiel voran geht. Der Antrag der Linken setzt hier ein wichtiges Zeichen.“

IMPRESSUM RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion Die Linke Potsdam

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:

Fraktion Die Linke; Friedrich-Ebert-Straße 79/81; 14469 Potsdam
E-Mail: DieLinke@Rathaus.Potsdam.de
Telefon: 0331/289 30 48
Druck: Nordostdruck
V.i.S.d.P. Konstantin Gräfe
Fotos: Katharina Gehrmanni



Herzlichen Glückwunsch, Anne-Marie!

Am 12. Juni 2026 fand im Brandenburg-Saal der Staatskanzlei die Auszeichnungsveranstaltung zur Verleihung des Verdienstordens des Landes Brandenburg statt. Zu den 13, von Ministerpräsident Dr. Woidke geehrten Frauen und Männern gehörte auch unsere Genossin und ehemalige Lehrerin Anne-Marie Henseke (FOTO). Ich kenne Anne-Marie bereits seit den 1970er Jahren, als sie als Elternvertreterin in den Klassen ihrer drei Söhne aktiv an der Gestaltung unseres Schullebens teilnahm. Wir trafen uns dann öfter in der Siedlung Eigenheim, wo wir beide wohnten. Dort arbeitet Anne-Marie seit Beginn im Siedlungsverein und gestaltet seit über 50 Jahren die Arbeit der Volkssolidarität entscheidend mit „mit Herzlichkeit, Einfühlungsvermögen und organisatorischem Geschick ... Sie verbindet die Menschen mit ihrer Lebensfreude, gibt ihnen Kraft und Zuversicht

– und das mit weit über 80 Jahren. Ihr jahrelanges Engagement steht beispielhaft für gelebte Solidarität und Verbundenheit mit dem Ehrenamt“, so der Ministerpräsident über die Geehrte. Anne-Marie gehörte als Mitglied der PDS nach der Wende unserer ersten Stadtverordnetenversammlung an und unterstützte mit stets großer Zuverlässigkeit die Arbeit unserer Basisorganisation 56 sowie die Vorhaben des Kreisverbandes der Linken, soweit es altersmäßige Einschränkungen zuließen. Bis heute ist Anne-Marie in der Volkssolidarität aktiv.

Ich habe Anne-Marie mit großer Freude und Stolz zu dieser Auszeichnungsveranstaltung begleitet, denn sie hat diesen Verdienstorden wirklich verdient.

Hella Drohla

Friedenstüchtig statt kriegstüchtig: **Nein zu Militarisierung! Nein zum Krieg!**

Die Linke



Internationaler Tag des Friedens oder auch Weltfriedenstag - in Deutschland ist es der 1. September, der an den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges erinnert. Der Weltfriedenstag steht auch für Versöhnung, Dialog und Hoffnung - im Kleinen wie im Großen. Der Weltfriedenstag bzw. der Antikriegstag erinnert an den Beginn des Zweiten Weltkrieges, mit dem deutsch-faschistischen Überfall auf Polen am 1. September 1939, also vor 86 Jahren. Im Morgenrauschen des 1. September 1939 überfiel die deutsche Wehrmacht Polen. Der von Hitlerdeutschland entfesselte Zweite Weltkrieg verursachte unermessliches Leid und Zerstörung und kostete über 60 Millionen Menschen das Leben. Die meisten Opfer gab es in der

Sowjetunion, wo 27 Millionen Menschen als Folge des Vernichtungskrieges ums Leben kamen. Das Zivilisationsverbrechen des Holocaust führte zur industriellen Massenermordung von über sechs Millionen Jüdinnen und Juden aus ganz Europa. Der 1. September mahnt uns, den zahllosen Opfern zu gedenken, aber auch den Kriegen, die später folgten und die in der Gegenwart stattfinden. Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine ist ein grausames Verbrechen und dauert schon über 4 Jahre an. Auch Israels Militäroffensive und das massenhafte Aushungern der Zivilbevölkerung haben die ganze Inhumanität des Krieges gezeigt. Darüber hinaus dürfen andere Kriege und Konflikte nicht

vergessen werden, wie z. B. im Sudan, der Kaschmir-Konflikt zwischen Indien und Pakistan oder die Kanonenbootpolitik Trumps gegenüber Kuba und Venezuela. Der Weltfriedenstag ist für uns Verantwortung und Auftrag zugleich. Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen. Aktuell will die Bundesregierung mithilfe des Sondervermögens für die Bundeswehr und der Lockerung der Schuldenbremse Deutschland zur militärischen Großmacht mit der stärksten Streitmacht in Europa aufrüsten. Die Anschaffung von immer tödlicheren Mordwaffen, Kampfflugzeugen und bewaffneten Drohnen führt jedoch nicht zu Frieden und mehr Sicherheit, sondern zu Krieg, Elend und Flucht. Die Linke

fordert eine Trendumkehr für Abrüstung und Rüstungskontrolle sowie die Rückkehr zu einer Entspannungspolitik und menschenrechtsorientierten Außenpolitik. Nie wieder! Vielfach und vielerorts haben sich die Überlebenden des Schreckens und die Nachgeborenen geschworen: Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus. In der damaligen sowjetischen Besatzungszone beging schon am 1. September 1946 die Jugend einen „Weltfriedenstag der Jugend“, und zu Beginn der fünfziger Jahre wurde in der DDR der 1. September zum Weltfriedenstag erklärt. In der Bundesrepublik wurde erstmals 1957 der Kriegsbeginn vom 1. September 1939 durch den DGB mit Friedensaktionen unter dem Motto „Nie wieder Krieg“ öffentlich als Aktionstag ins Leben gerufen. In einer Zeit, in der geopolitische Spannungen zunehmen, wirkt der Weltfriedenstag wie ein Kompass. Er ist kein „stiller“ Feiertag, sondern ein Aufruf zum Handeln. Frieden beginnt im Kleinen: durch Zivilcourage, den Schutz demokratischer Werte und den Dialog über Grenzen hinweg. Der Tag lädt uns ein, die Privilegien eines Lebens in Sicherheit nicht als selbstverständlich anzusehen.

Bernd Martin



Konferenz im Bundestag: Geldwäsche-Bekämpfung ist eine Frage der Gerechtigkeit

Wer an Geldwäsche denkt, hat oft Koffer voller Bargeld oder Briefkastenfirmen in fernen Steueroasen vor Augen. Tatsächlich begegnet sie uns viel näher: auf dem Wohnungsmarkt. Denn wenn kriminelles Geld in Immobilien investiert wird,

steigen Kaufpreise, Spekulation wird angeheizt und bezahlbarer Wohnraum wird noch knapper. Geldwäsche ist damit längst auch ein Treiber der Wohnungskrise. Diesen Zusammenhang thematisierte Die Linke im Bundestag Anfang Juli auf einer Konferenz.

„Geldwäsche heißt, dass jedes Jahr zusätzlich zu den normalen Investitionen noch etwa 25 Milliarden schmutziges Geld aus der ganzen Welt in Deutschland ankommt. Das führt zu steigenden Preisen auf dem Wohnungsmarkt und führt letztlich auch zu steigenden Mieten“, brachte Christoph Trautvetter vom Netzwerk Steuergerechtigkeit das Problem auf den Punkt. Ermöglicht und begünstigt wird das durch verschleierte Eigentumsverhältnisse. „Undurchsichtige Eigentümerstrukturen, insbesondere über ausländische Holdinggesellschaften, anonyme Briefkastenunternehmen und Share Deal-Konstruktionen, ermöglichen es, illegale Gewinne in großem Stil in den deutschen Immobilienmarkt einzuschleusen“, heißt es dazu in einem Antrag der Linksfraktion, der die Geldwäschebekämpfung in den Fokus nimmt. Wie groß das Problem tatsächlich ist, dazu fehlen allerdings belastbare Daten. Häufig wird das gesamte Volumen der Geldwäsche in Deutschland auf rund 100 Milliarden Euro pro Jahr beziffert. So lautet die Schätzung aus einer Dunkelfeldstudie der Uni Halle von 2016. Ob zehn Jahre später von erheblich höheren Summen

ausgegangen werden muss, war auch unter den Teilnehmer:innen der Konferenz umstritten. So lautete eine zentrale Forderung auch, mehr Mittel für die Forschung zu Geldwäsche bereitzustellen. Zudem müssten die Ermittlungskompetenzen in dem Bereich verstärkt werden, so Michael Findeisen von der NGO mafia-neindanke. Thomas Seidel von der antifinancialcrime.org sprach sich für eine zügige Umsetzung des von der Bundesregierung vorgelegten Aktionsplans gegen Organisierte Kriminalität aus. „Deutschland ist ein Geldwäsche-paradies. Immobilienhaie, kriminelle Banker, Oligarchen – kurz: Finanzkriminelle jeder Couleur haben es hier viel zu einfach. Das ist keine neue Erkenntnis; darauf wird Deutschland seit Jahren hingewiesen“, so Isabelle Vandre, Sprecherin für Bekämpfung von Finanzkriminalität und Immobilienspekulation der Fraktion Die Linke im Bundestag. Die Linke will nun mehr Transparenz auf dem Wohnungsmarkt schaffen. In einem Antrag schlägt, sie die zügige Einführung eines Immobilientransparenzregisters vor. Dies soll sichtbar machen, wem Immobilien eigentlich gehören und damit die Geldwäschebekämpfung erleichtern.

5.300 €

brutto

Linke beschließt Gehaltsdeckel auf Potsdamer Parteitag

Landesverband
Brandenburg

Die Linke: Durchschnittsgehalt für Bundestags-Abgeordnete

Einstimmig beschloss der Deutsche Bundestag in der letzten Sitzungswoche vor der Sommerpause die Aussetzung der automatischen Diätenerhöhung für dieses Jahr. Die Diätenerhöhungen sind an die Lohnentwicklung gekoppelt. Dies hätte 2026 eine Erhöhung um 500€ bedeutet, bei einer aktuellen Entschädigung von 11.833,47€. Damit ist selbst bei den Koalitionsfraktionen angekommen, dass man nicht einerseits die angespannte Wirtschafts- und Haushaltslage anmahnen und überall den Rotstift ansetzen, andererseits aber selbst automatisch mehr Geld einstreichen kann. Für die Partei Die Linke ist die einmalige Aussetzung der Diätenerhöhung aber nicht genug. Sie beschloss auf ihrem Potsdamer Parteitag im Juni einen Gehaltsdeckel für ihre Abgeordneten

in Bundestag sowie im Europäischen Parlament. Maximal 5.300€ brutto sollen die Parlamentarier:innen spätestens ab nächster Wahlperiode für sich behalten. Der Rest soll in Sozialfonds fließen und für die politische Arbeit verwendet werden. Damit kommt Die Linke ihrem Versprechen nach, Politik anders machen zu wollen. „Wer für soziale Gerechtigkeit kämpft, muss das gemeinsam und auf Augenhöhe mit den Menschen machen, für die er oder sie einsteht. Deshalb ist eine Orientierung am Durchschnittslohn auch für uns Parlamentarier:innen wichtig. Ich habe mein Gehalt seit dem ersten Tag meines Bundestagsmandates gedeckelt und finde den Beschluss des Parteitages sehr richtig“, sagt Isabelle Vandre, Potsdamer Bundestagsabgeordnete für Die Linke.

Die Linke

Sa, 22.8.
im Lustgarten Potsdam

SOMMERFEST

familienfest: 14 Uhr
mit Ines Schwerdtner

Ab 18 Uhr:
Komplettamente (Rap/Hip-Hop)
Bierbabes (Technopop)
Marybu (Hyperpop)

Eintritt frei!

Eintritt frei!

Die Linke

Babelsberger Kinderfest

Hüpfburg
Bastelspaß
Schach
Märchenzelt
Kuchen & Gebrilltes
Kinderschminken
Kleider- & Spielzeugtausch
Freundschaftsbänder
Bewegungsspiele
und viel mehr

Samstag, 5. September 2026
14:30-19:00 Uhr auf dem Weberplatz

„Campus Schlaatz“ in Sicht



Im Herbst 2026 soll klar sein, wie das künftige größte Integrationsprojekt im Potsdamer Süden - „Campus Schlaatz“ - aussieht. Dann sollen die Ergebnisse eines Vergabeverfahrens mit den bisher beteiligten Architektenbüros vorliegen. Das Areal des künftigen Campus ist rund 1,6 Hektar groß und grenzt unmittelbar an die Baustelle des Sportforums. Namhafte Adressen auf dem Gelände sind die Weidenhof-Grundschule und das Bürgerhaus

am Schlaatz, die durch weitere Gebäude ergänzt werden sollen. Die Stadtverordneten haben Anfang Juli mit großer Mehrheit beschlossen, dass es nach Vorliegen dieser Ergebnisse eine Informationsveranstaltung für Bürgerinnen und Bürger geben soll. Der vom Schlaatz-Stadtteilrat initiierte Antrag ist von einer ungewöhnlich breiten Koalition aus Linken, SPD, CDU, Grünen, Anderen, BfW und FDP eingebracht worden.

+++ TERMINE +++

Am 10. August 2026 trifft sich die AG Senioren von 10.00 – 12.00 im Lothar-Bisky-Haus

Am 11. August 2026 lädt die AG Mobilität von 17.30 – 19.00 in den rotblog ein.

Am 22. August 2026 gibt es wieder das Linke Sommerfest im Lustgarten (siehe oben).

Am 3. September 2026 findet von 19.00 – 21.00 im Lothar-Bisky-Haus, Alleestraße 3, unser Neumitgliedertreffen statt.

Am 5. September 2026 ruft das Bündnis gegen Verdrängung und Mietenwahnsinn ab 13.00 zur Demo auch in Potsdam auf.

Ebenfalls **am 5. September 2026** läuft ab 14.30Uhr das Kinderfest auf dem Weberplatz

(Siehe Plakat)! Der Eintritt ist frei.

Am 24. September 2026 trifft sich der OV Mitte zum 3. Picknick im Stadtbild auf dem Bassinplatz.